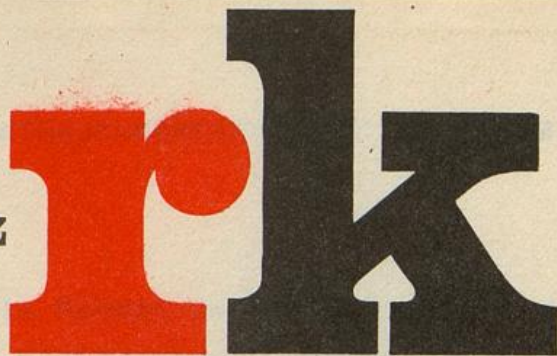


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Donnerstag, 31. Jänner 1985

Blatt 251

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Politik: Zilk: Fristenlösung und Wunschkinder kein Gegensatz  
(rosa)

Kommunal: Gemeinsame Pressekonferenz über Kontrollausschuß  
(rosa) Rasche Hilfe durch soziales Netz  
Republik-Ehrenzeichen für Stadtpolitiker  
Immer weniger Amtsvormundschaften  
Schallschutzeinrichtungen an der Donauufer-Autobahn

Kultur: Prämie für Kleingalerien  
(gelb)

## Prämie für Kleingalerien

=++++

1 Wien, 31.1. (RK-KULTUR) Im Rahmen der Prämienaktion des Kulturamtes der Stadt Wien für Kleingalerien wurden im vierten Vierteljahr 1984 60.000 Schilling vergeben. Die Galerie Mana erhielt 23.640 Schilling, die Galerie nächst St. Stephan und die Galerie Sünnhof je 18.180 Schilling. (Schluß) gab/gg

NNNN

Zilk: Fristenlösung und Wunschkinder kein Gegensatz

=++++

2 Wien, 31.1. (RK-POLITIK) "Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Für die in Österreich gefundene Form der Fristenlösung haben Frauen aus vielen politischen Lagern mehr als 60 Jahre lang gekämpft. Die jetzige Gesetzesregelung ist lange genug diskutiert worden. Sie hat auch eine breite Zustimmung in der Bevölkerung - besonders bei den Frauen - gefunden. An unserem Ja zur Fristenlösung besteht daher kein Zweifel. Sie muß als letzter Ausweg für verzweifelte Frauen unantastbar bleiben", erklärte Bürgermeister Dr. ZILK Donnerstag vor weiblichen Lehrlingen in Wien. Das klare Ja zur Fristenlösung schließe für ihn aber auch ein ebenso klares Ja zum Kind mit ein. Er sehe hier auch keinesfalls einen Gegensatz, denn gerade, wenn man für die so lange und hart umkämpfte Fristenlösung eintrete, müsse man auch alles dafür tun, daß jede Mutter ihr empfangenes Kind auch austragen könne.

Zilk wies in diesem Zusammenhang auf jene Beratungsstellen hin, die in Wien in den vergangenen Jahren eingerichtet wurden und in denen Frauen auch noch dann Rat und Hilfe finden können, wenn sie aus möglichen, im Verlaufe der Schwangerschaft auftretenden, Schwierigkeiten keinen Ausweg mehr sehen. Darüber hinaus gewährt Wien alleinerhaltenden Müttern auch dann Sozialhilfe, wenn sie vor der Schwangerschaft nicht gearbeitet haben", erklärte Zilk. "Kinder sollen aber Wunschkinder sein", betonte der Bürgermeister, "weil Wunschkinder einfach mehr Chance haben. Jede Frau muß daher das Recht haben, über ihren Körper zu bestimmen, vor allem, wenn sie in Not oder unter seelischen Druck geraten ist."

In der Frage des Schwangerschaftsabbruches auf Krankenschein stellte sich Zilk dann voll hinter Familienministerin Fröhlich-Sandner - "Schwangerschaft ist keine Krankheit" -, schränkte allerdings ein, daß man in allen jenen Fällen über einen Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein nachdenken könnte, in denen sich Schwangerschaften infolge unerwarteter Komplikationen wirklich als Krankheit bezeichnen lassen.

Der Bürgermeister erinnerte auch an die Aufklärungsgespräche, die vor mehreren Jahren an Wiens Schwesternschulen, später auch in den Berufsschulen vom Gesundheitsamt durchgeführt werden, und in denen jeweils ein Gynäkologe und eine Sozialarbeiterin mehrmals in die Klasse kommen, um alle Probleme rund um die Schwangerschaft und um die Partnerschaft zu besprechen. Diese Aktion soll in Wien fortgesetzt werden und wird sicher österreichweit wünschenswert. (Schluß) rö/bs

## Gemeinsame Pressekonferenz über Kontrollausschuß

=++++

3 Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) In einer ersten gemeinsamen Pressekonferenz stellten sich am Donnerstag die drei Fraktionsführer des Kontrollausschusses, Dr. Erwin HIRNSCHALL (FPÖ), Vorsitzender, Prof. Leopold WIESINGER (SPÖ) und Dr. Hannes KRASSER (ÖVP) den Journalisten.

Schwerpunkt der gestrigen Sitzung des Kontrollausschusses waren Umweltthemen. Gemeinderat Hirnschall teilte mit, daß das Kontrollamt bei der Überprüfung der EBS Schlampereien festgestellt habe. GR. Wiesinger verwies darauf, daß der frühere Geschäftsführer der EBS, HÜBL, chaotische Zustände hinterlassen habe, sodaß die Bediensteten der EBS noch einige Zeit benötigen, um wieder Ordnung herzustellen. Fehler werden nicht bestritten, Untersuchungen sind im Gange. Gemeinderat Dr. Krasser bedauerte, daß die SPÖ-Mehrheit eine Prüfung der Überstunden der Gemeindebediensteten und der nächtlichen Verbrennungsvorgänge bei den EBS im November und Dezember des Vorjahres abgelehnt habe.

GR. Hirnschall stellte fest, daß bei der Verbrennung von Altölen in Wohnhausanlagen die GESIBA sich korrekt verhalten habe, während seitens der Magistratsabteilung 35 Fehler gemacht worden seien.

Die Vertreter aller drei Fraktionen bestätigten dem Kontrollamt eine sachliche Arbeit. Die ÖVP möchte eine Weisungsfreiheit des Kontrollamtes und die Möglichkeit, daß auch eine qualifizierte Minderheit Untersuchungsanträge stellen kann. Gemeinderat Wiesinger verwies darauf, daß hier verfassungsrechtliche Bedenken bestünden, da die Stadt Wien eine Gemeindeverfassung habe - und nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen das Weisungsrecht des Bürgermeisters bestehe. (Schluß) fk/ko

NNNN

Rasche Hilfe durch soziales Netz (1)

Utl.: Ausgaben des Sozialamtes um 1,5 Milliarden gestiegen

=++++

4 #Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Wien ist jenes Bundesland, das die meisten sozialen Leistungen erbringt. Dies erklärte Stadtrat Univ. Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde. Dementsprechend stiegen auch die budgetären Mittel des Sozialamtes von 1978 bis 1983 um 1,5 Milliarden Schilling. Mit Hilfe des bestehenden dichten Netzes an sozialen Einrichtungen und Hilfen wird daher bei auftretenden Notsituationen rasch und unbürokratisch geholfen. Erneut sprach sich Stacher gegen den Begriff der "Neuen Armut" aus. Seiner Meinung nach handelt es sich dabei um kein neues Phänomen, sondern um die gesellschaftliche Anerkennung von Benachteiligungen, wie Krankheit, Behinderung, Einsamkeit usw. #

Zwtl.: Dauerleistung dem ASVG-Richtsatz angepaßt

Bei den finanziellen Leistungen der individuellen Sozialhilfe muß, laut Stacher, zwischen den Dauerleistungen und den Aushilfen unterschieden werden. Dauerleistungen sind Mindesteinkommen für Personen, die über kein eigenes Einkommen verfügen. Dazu zählen Behinderte und alte Menschen, die keinen Pensionsanspruch aus der Sozialversicherung erworben haben. In Wien ist als einzigem Bundesland die Höhe der Dauerleistung dem im ASVG festgesetzten Richtsatz angeglichen. Nimmt die Zahl der Dauerleistungsbezieher kontinuierlich ab, so nimmt die der Aushilfebezieher zu. Während 1978 89,3 Millionen Schilling ausbezahlt wurden, waren es 1983 384,5 Millionen Schilling. Diese Steigerung ist einerseits auf eine verbesserte Information, andererseits aber auch auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt zurückzuführen. Von den 1984 ausbezahlten Aushilfen wurden 36 Prozent an Arbeitslose, 13 Prozent an Kranke und jeweils fünf Prozent an alleinstehende Mütter beziehungsweise an Pensionsbewerber ausbezahlt. (Forts.) zi/bs

NNNN

## Rasche Hilfe durch soziales Netz (2)

Utl.: Flüchtlingshilfe - gesamtösterreichisches Problem

=++++

5 Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) In den letzten Jahren sind, wie Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher erklärte, aber auch die Ausgaben für die Flüchtlingshilfe eminent gestiegen. Flüchtlinge fallen ja, wenn sie Konventionsflüchtlinge, also anerkannte Flüchtlinge sind, unter das Sozialhilfegesetz. Lagen die Ausgaben 1978 knapp über 3 Millionen Schilling, stiegen sie im Jahre 1982 auf 27 Millionen und werden für 1984 voraussichtlich 70 Millionen Schilling betragen. Laut Stacher leistet Wien gegenwärtig etwa 70 Prozent des Gesamt-Sozialhilfeaufwandes der Länder für Flüchtlinge. Der Stadtrat urgierte deshalb die Schaffung eines bereits im Vorjahr vom Gemeinderat geforderten "Gesamtösterreichischen Flüchtlingsfonds", zu dem alle Bundesländer entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil zur Deckung der Kosten der Flüchtlingsbetreuung beitragen sollen.

## Zwtl.: Wirksame Behindertenhilfe

Stacher wies bei dieser Gelegenheit aber auch auf die in den letzten Jahren verbesserten Leistungen der Behindertenhilfe hin. Aufgrund der Ausweitung der Hilfen und Einrichtungen stiegen im Bereich des Sozialamtes die Ausgaben für Behinderte beträchtlich: Betragen sie 1973 54 Millionen, wurden 1979 230 Millionen und im vergangenen Jahr insgesamt 482 Millionen für die Behindertenhilfe aufgewendet. 1985 sind dafür 522 Millionen Schilling vorgesehen.

So machen gegenwärtig etwa 2.400 Behinderte von den Möglichkeiten des Fahrtendienstes für Freizeitfahrten Gebrauch, und durchschnittlich 450 Behinderte nehmen den Beförderungsdienst zu Tagesheimstätten und Schulen in Anspruch. Forciert wurde in Zusammenarbeit mit den Vereinen "Lebenshilfe" und "Jugend am Werk" die Errichtung von Wohngemeinschaften, Wohnheimen und Beschäftigungstherapiewerkstätten. (Schluß) zi/gg

NNNN

## Republik-Ehrenzeichen für Stadtpolitiker

=++++

6 #Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte Donnerstag vormittag das Große Silberne Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich an den früheren Wiener Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. DDr. h.c. Rudolf WURZER, das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an Gemeinderat a. D. Prof. Dipl.-Volkswirt Karoline PLUSKAL, das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an Gemeinderat a. D. Otmar EMERLING und das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an Bezirksvorsteher Techn. Rat Ing. Heinrich HEINZ.#

Stadtrat Friederike SEIDL würdigte in ihrer Laudatio den ehemaligen Stadtrat Prof. Wurzer als jemanden, der als Fachmann in die Stadtregierung berufen wurde, sich aber dann im sensiblen Bereich der Stadtplanung zum Politiker profiliert habe. Spezialität Wurzers sei das Planen gemeinsam mit der Bevölkerung, die Krönung seiner Laufbahn als Kommunalpolitiker die Präsentation des Stadtentwicklungsplanes gewesen. Hervorstechendste Eigenschaft der ehemaligen Landtags- und Gemeinderatsabgeordneten Prof. Pluskal sei es - so Seidl - daß sie ihr ganzes Leben den Problemen und Wünschen der Menschen unserer Stadt widmete. Wer immer mit Problemen zu Pluskal gekommen sei, habe nicht nur eine geduldige ZuhörerIn sondern auch eine tatkräftige HelferIn gefunden. Aus der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit des ehemaligen Wiener Landtags- und Gemeinderatsabgeordneten sowie Floridsdorfer Bezirksvorstehers Otmar Emerling würdigte Stadtrat Seidl vor allem dessen unermüdliche Kämpfe um das Entstehen der Donauinsel. Der Bezirksvorsteher der Inneren Stadt, Heinrich Heinz, wurde von der Stadträtin als eine ohne Zweifel schillernde Persönlichkeit bezeichnet, die wohl jedem Wiener bekannt sei. Heinz, der Vorsteher jenes Bezirks, den man wohl als wichtigstes Aushängeschild für den Fremdenverkehr bezeichnen könne, habe es durch seine uneigennützig Arbeit zu großem Ansehen in weitesten Kreisen der Wiener Bevölkerung gebracht. (Schluß) rö/gg

NNNN

Immer weniger Amtsvormundschaften

Utl.: Smejkal: Vormundschaft wird vom Jugendamt so rasch wie möglich Müttern übertragen

=++++

7 #Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Die Anzahl der von den Bezirksjugendämtern geführten Amtsvormundschaften über uneheliche Kinder nimmt ständig ab, erklärte Donnerstag Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL. Der Anteil der Mündel betrug 1980 bei 27.468 Betreuungsfällen noch 13 Prozent, während er 1984 auf 8,8 Prozent bei 30.070 Fällen gesunken ist.#

Die Bezirksjugendämter sind seit Jahren bestrebt, die Vormundschaften über uneheliche Kinder so rasch wie möglich den Müttern zu übertragen, betonte Smejkal. In den meisten Fällen wird bereits bei der ersten Vorsprache ein Antrag auf Enthebung des Bezirksjugendamtes und Bestellung der Mutter zum Vormund aufgenommen, der sofort dem Vormundschaftsgericht übermittelt wird, führte Smejkal weiter aus.

Der Vater des Kindes sollte aber wegen der Anerkennung der Vaterschaft und der Unterhaltsvereinbarung dabei sein.

Während das Wiener Jugendamt zum Jahresende 1980 noch 3.581 Mündel betreute, waren es Ende 1984 nur mehr 2.668.

Die Bemühungen, die Vormundschaft an Einzelvormünder, zumeist die Mütter, zu übertragen, werden weiter verstärkt, kündigte Smejkal an. (Schluß) je/gg

NNNN



## Schallschutzeinrichtungen an der Donauufer-Autobahn

=++++

8 #Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Beim Weiterbau der Donauufer-Autobahn A 22 zwischen der Reichsbrücke und der Praterbrücke sollen im Abschnitt von der Bundesanstalt für Wasserbiologie bis zur Kaisermühlenstraße entsprechende Lärmschutzeinrichtungen geschaffen werden, um die Siedlungen entlang der unteren Alten Donau weitgehend von Lärmbelastigungen freizuhalten. Das stellte Bautenstadtrat Roman RAUTNER Donnerstag vormittag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Bauten als Antwort auf einen Antrag der FP-Gemeinderäte Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ und Dr. Erwin HIRNSCHALL fest. Oberhalb dieses Bereiches - zwischen der Jungmaissstraße und der Gänsehäufelgasse - wird die Donauufer-Autobahn bekanntlich in einem etwa 1.000 Meter langen Lärmschutztunnel geführt werden. #

Die Hochstraße Inzersdorf, ein rund 40.000 Quadratmeter großes Brückenverzweigungsbauwerk im Zuge der Südost-Tangente zwischen Neilreichgasse und Sterngasse muß wegen des schlechten Bauzustandes, der vor allem auf Tausalzbeschädigungen und die hohe Beanspruchung zurückzuführen ist, saniert werden.

Der Brückenbelag, die Schutzschicht und die Abdichtung gegen Feuchtigkeit sind neu herzustellen. Es sollen auch neue Lärmschutzwände errichtet werden. Der Bautenausschuß genehmigte 270.000 Schilling für statisch-konstruktive Instandsetzungsvorschläge von zwei Zivilingenieuren.

## Zwtl.: Bautenausschuß genehmigte Bauvorhaben

Im Zusammenhang mit dem Bau des Stationsgebäudes Volkstheater der U-Bahn-Linie U 3 wird ein Teil des Schmerlingplatzes, die verlängerte Volksgartenstraße, als Umleitungsstrecke für den Individualverkehr ausgebaut. Die Kosten für diese Baumaßnahme betragen rund 2,1 Millionen Schilling.

Außerdem bewilligte der Bautenausschuß - neben anderen Bauvorhaben - einen Betrag von 3,5 Millionen Schilling für die Reinigung der rund 2.550 beleuchteten Verkehrszeichen, Verkehrsleuchtsäulen und beleuchteten Wegweisern in Wien und für den Austausch der Leuchtröhren in den Jahren 1985 und 1986. (Schluß)

sc/gg